



Erwartungen der IG Metall: Aktive Industriepolitik für die maritime Wirtschaft

11. Nationale Maritime Konferenz am 22./23.5.2019 in Friedrichshafen

Für die maritime Wirtschaft. Für gute und sichere Arbeits- und Ausbildungsplätze. Im Interesse der Beschäftigten bringen wir uns mit unseren Forderungen und Themen bei der 11. Nationalen Maritimen Konferenz (NMK) in Friedrichshafen ein. „Vom Bodensee bis zur Küste“: Die IG Metall Bezirke Küste und Baden-Württemberg zeigen gemeinsam, dass die maritime Wirtschaft in ganz Deutschland präsent ist. Betriebsräte von Werften und aus der Windindustrie an der Küste machen sich gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen von Zulieferern aus Baden-Württemberg und weiteren Bundesländern für die Branche stark.

Macht endlich Industriepolitik!

Von der NMK muss das klare Signal ausgehen, dass die gesamte maritime Wirtschaft und die Schiffbauindustrie mit ihren herausragenden Kompetenzen der Systemintegration sowohl im zivilen wie militärischen Schiffbau in der nationalen Industriestrategie 2030 der Bundesregierung aufgegriffen werden. Von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) erwarten wir dazu eine klare Zusage auf der Konferenz in Friedrichshafen. Der von ihm beschriebene „Spielraum des Staates für aktive und aktivierende Gestaltung“ muss in der maritimen Wirtschaft, die insbesondere im Marineschiffbau von staatlichen Aufträgen und Entscheidungen abhängig ist, genutzt werden. Auch Überlegungen für einen Erwerb von Unternehmensanteilen durch den Staat dürfen kein Tabu sein. Bund und Länder sind bei der Finanzierung und Absicherung von Schiffbauaufträgen weiter gefordert.

Stärkere Zusammenarbeit – national und europäisch

Um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können, müssen die Unternehmen in Deutschland und in Europa stärker zusammenarbeiten. Die mittelständisch geprägten, teilweise inhabergeführten Unternehmen in Deutschland brauchen Partner im In- und Ausland. Zusammenschlüsse und strategische Kooperationen können Wettbewerbsnachteile gegenüber staatlich geprägten Großunternehmen in Südostasien, aber auch in Frankreich und Italien ausgleichen. Wie Altmaier in seinem Entwurf für eine nationale Industriestrategie schreibt, braucht es weiterhin „nationale und europäische Champions“. Das gilt insbesondere für die maritime Wirtschaft.

Tarifverträge als Kriterium bei Vergabe

Wir erwarten, dass die Vergaberichtlinien bei der öffentlichen Beschaffung unter „Einbeziehung qualitativer, innovativer, sozialer und umweltbezogener Aspekte“ (Siehe Entwurf des

Thesenpapiers zum Forum Schiffbau) überarbeitet werden. Es darf bei Vergaben nicht nur um billig und billiger gehen. Uns geht es dabei um die Sicherung von Tarifverträgen und die Verhinderung von Lohndumping durch Leiharbeit und den Missbrauch von Werkverträgen. Die „Einbeziehung sozialer Aspekte“ heißt für uns: Die Einhaltung von Tarifverträgen und Mitbestimmungsregelungen müssen Kriterien bei der Vergabe werden. Tarifverträge stehen für qualitativ hochwertige Arbeit von Fachkräften.

Umweltechnologien als Motor für Innovationen und Beschäftigung

Höhere Klima- und Umweltschutzanforderungen sind ein Motor für Innovationen, Wertschöpfung und Beschäftigung. Internationale Regelungen sind das Ziel, aber darauf sollte die Bundesregierung nicht warten, sondern auch durch nationale Regelungen verstärkt Anreize setzen. Deutschland und seine maritime Industrie müssen zum Vorreiter einer Null-Emissionsschifffahrt werden.

Digitalisierung im Interesse der Beschäftigten gestalten

Die Transformation in den Betrieben ist von der zunehmenden Digitalisierung geprägt. Um die Beschäftigten bei den technologischen Veränderungen mitzunehmen, sind die Betriebe aufgefordert, die Ausbildung und die betriebliche Qualifizierung auf die Digitalisierung auszurichten. Die IG Metall wird die Transformation in den Mittelpunkt ihrer Arbeit in den Betrieben stellen. Mit einer groß angelegten Befragung stoßen wir die Diskussion über die Auswirkungen von Industrie 4.0 auf die Beschäftigten auch in der maritimen Wirtschaft an. Unser Anspruch: Wir wollen den Wandel im Interesse der Arbeitnehmer gestalten.

Soziale Verantwortung vor Ort statt Verlagerung ins Ausland

Die Industrie betont in dem Entwurf des Thesenpapiers zum Forum Schiffbau ihre „lange Tradition der sozialen Verantwortung vor Ort“. Soziale Verantwortung heißt für uns feste und unbefristete, tariflich bezahlte Arbeitsplätze statt Leiharbeit und (Ketten-)Werkverträge. Soziale Verantwortung darf nicht nur auf die Stammbeslegschaften begrenzt sein, sondern sie gilt für alle Menschen, die die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Schiffbaus tragen. Die Ausweitung der Generalunternehmerhaftung und die Umsetzung der EU-Entsenderichtlinie („Gleiche Arbeit für gleiches Geld am gleichen Ort“) sind wichtige Instrumente, um dies sicherzustellen. Wir erwarten, dass sich die Unternehmen der maritimen Industrie zum Standort und den damit verbundenen Regelungen der deutschen Mitbestimmung bekennen. Wer den Unternehmenssitz ins europäische Ausland verlagert, um Aufsichtsräte mit Arbeitnehmervertretern zu verhindern, stiehlt sich aus der sozialen Verantwortung für die Beschäftigten.

Maritime Bildungsoffensive: Aus- und Weiterbildung stärken

Die Unternehmen müssen mehr für die Ausbildung tun. In dem Entwurf des Thesenpapiers zum Forum Schiffbau heißt es, die Industrie investiert in „eine exzellente Infrastruktur für die betriebliche Ausbildung“. Eine solche pauschale Aussage teilen wir nicht. Die Ausbildungsquote im Schiffbau ist mit 6,2 Prozent auf den niedrigsten Wert seit mehr als zehn Jahren gefallen. Deshalb sind zunächst die Unternehmen gefordert, deutlich mehr Ausbildungsplätze anzubieten. Mit einer gemeinsam entwickelten Bildungsoffensive, die

maßgeblich von den Sozialpartnern getragen wird, wollen wir gegensteuern und dazu beitragen, dass die Branche auch in Zukunft genügend gut ausgebildete Fachkräfte hat. Denkbar sind auch Pilotprojekte zur überbetrieblichen Ausbildung im Verbund zwischen Werften und strategisch wichtigen maritimen Zulieferern. Ebenso gilt es, die neuen Möglichkeiten der Weiter- und Neuqualifizierung von Beschäftigten, die das Qualifizierungschancengesetz bietet, in den Betrieben offensiv zu nutzen.

Marineschiffbau: Überwasserschiffbau als Schlüsseltechnologie

Wir begrüßen die Einigung der Bundesregierung, den Marineüberwasserschiffbau – wie im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD angekündigt – als verteidigungsindustrielle Schlüsseltechnologie aufzunehmen. Der nötige Kabinettsbeschluss muss schnell kommen und die Regierung bei Auftragsvergaben wie MKS 180 entsprechend handeln. Auf dieser Grundlage braucht es schnelle Vergabe-Entscheidungen. Wir wollen nicht warten, bis es zu spät ist.

Marineschiffbau: Gemeinsame Exportpolitik in Europa

Gemeinsam mit ihren europäischen Schwestergewerkschaften unterstützt die IG Metall eine restriktive Waffenexportpolitik und fordert zugleich eine gemeinsame Exportpraxis in der Europäischen Union. Die Einhaltung von Menschenrechten und die Verhinderung von kriegerischen Auseinandersetzungen müssen der Maßstab dafür sein. In Deutschland sind Entscheidungen über Waffenexporte politische Entscheidungen der Regierung. Diese dürfen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Die IG Metall erwartet daher von der Bundesregierung umgehend alternative Lösungen für erteilte und nun gestoppte Exportgenehmigungen. Gleichzeitig erwartet die IG Metall von der Bundesregierung, endlich auf die Partnerländer, vor allem in der Europäischen Union, zuzugehen, um Lösungen für bestehende und künftige gemeinsame Projekte zu entwickeln.

Offshore-Windenergie: Ausbauziele anheben und Arbeitsplätze sichern

Die Ausbauziele für Offshore-Windenergie müssen auf mindestens 20 GW bis 2030 und mindestens 30 GW bis 2035 sowie durch die kurzfristige Spezifikation des im Koalitionsvertrags genannten Sonderbeitrags Offshore angehoben werden. Um den Heimatmarkt zu stärken und Standorte mit ihren Arbeitsplätzen in der Windindustrie zu sichern, braucht es endlich einen verlässlichen Ausbaupfad. Mit der Stop-and-Go-Politik der vergangenen Jahre muss endlich Schluss sein. Um kurzfristige Auftragsrückgänge auszugleichen, sind alle arbeitsmarkt- und tarifpolitischen Maßnahmen wie etwa entsprechende Arbeitszeitregelungen, Kurzarbeit und Qualifizierung zu nutzen. Die IG Metall fordert auf Grund der rasanten Veränderungen in der Wirtschaft ein Transformationskurzarbeitergeld für 24 Monate. Wegen der langen Vorlaufzeiten für Offshore-Projekte ist dieses auch für den Erhalt von Arbeitsplätzen in der Windbranche wichtig.